

Avanti

2

Theoriebeilage
Systemkonforme
Gewerkschaften?
von
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

FRAU, LEBEN, FREIHEIT!



INHALT

TITEL

- 01 8. MÄRZ**
Frauen, Leben, Freiheit?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**
Vor der Entscheidung

SEITE DREI

- 03 8. März**
Frauen, Leben, Freiheit?

DAS GESPRÄCH

- 04 IRAN**
Aufstand und Revolte

UKRAINE-KRIEG

- 05 UKRAINE-KRIEG I**
Was nun?

- 06 UKRAINE-KRIEG II**
Frieden mit noch mehr Waffen

- 07 UKRAINE-KRIEG III**
Gewerkschaftliche Solidarität?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das ist eine gute Nachricht: Angesichts der Tarifbewegungen im Öffentlichen Dienst und bei der Deutschen Post AG hat die Bundesregierung ein für den 9. März vorgesehenes Treffen der „konzertierte Aktion“ abgesetzt.

Der Internationale Frauentag am 8. März steht dieses Jahr unter besonderen Vorzeichen. Millionen Frauen in aller Welt werden auf die Straße gehen – unter anderem bei den Warnstreiks in Deutschland und bei den Massenstreiks in Frankreich. Hoffentlich werden sie auch in Ländern wie dem Iran, der Ukraine oder Russland für ihre Rechte eintreten können!

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir einen sehr lesenswerten Text Ernest Mandels zur Gewerkschaftsfrage.

Wir freuen uns, wenn die Themen der März-Ausgabe von *Avanti*² auf Eurer Interesse stoßen.

Eure Redaktion

*Titelbild: Solidarität mit dem Aufstand der Frauen im Iran auf der Pariser Demo gegen sexuelle und sexistische Gewalt, 19. November 2022.
Foto: Martin Noda / Hans Lucas.*

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 08 TARIFRUNDEN**
Post und Öffentlicher Dienst
- 09 FRANKREICH**
„Rentenreform“ vor dem Aus?

TEUERUNG

- 10 KUNDGEBUNG**
Solidarität statt Preistreiberei

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 11 FASCHISMUSTHEORIE**
Noch aktuell?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 ROJAVA**
Antikriegsdemo

TERMINE

THEORIEBEILAGE

- 01 GEWERKSCHAFTEN**
Systemkonform?

Frankreich

Massenstreiks gegen „Rentenreform“ ab dem 7. März

M. G.

Die Debatten in der Nationalversammlung endeten ohne Abstimmung über das Gesetz, mit dem das Renteneintrittsalter auf 64 Jahre und die Beitragsdauer auf 43 Jahre erhöht werden soll.

Eines ist nun sicher: Der Kampf wird nicht im Parlament, sondern durch Streiks, Demonstrationen und die Blockade des Landes entschieden. In vielen Bereichen rufen die Gewerkschaften ab dem 7. März zu einem verlängerbaren Streik auf.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Internationalen Frauentag am 8. März zu, denn Frauen sollen durch Marcrons „Rentenreform“ noch mehr benachteiligt werden. Am 9. März mobilisieren zudem die Jugendorganisationen.

Das ganze Land blockieren!

Die jüngste Geschichte hat nach Ansicht unserer französischen Schwesterorganisation NPA (Neue Antikapitalistische Partei)

gezeigt, dass ein Stellvertreterstreik nicht ausreicht. Um zu gewinnen, müsse überall und gleichzeitig „hart“ gestreikt und umfassende Solidarität mit den Streikenden organisiert werden.

Gegen die Macht der Staatsspitze müsse die enorme Wut der arbeitenden Klasse gebündelt werden. Nur so könne der Angriff auf die Renten zurückgeschlagen werden und die populäre Forderung nach Rückkehr zur Rente mit 60 bei 37,5 versicherungspflichtigen Jahren durchgesetzt werden.

Für die NPA geht es aber noch um mehr. Nämlich darum, die enormen Profite der Großkonzerne der Gesellschaft für die radikale Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensumstände zur Verfügung zu stellen.

Die NPA schlägt deshalb vor, eine kämpferische politische Alternative aufzubauen. Diese müsse nicht nur mit der prokapitalistischen Politik Schluss machen, sondern auch die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung durchsetzen. ■



„Patriarchat in Rente!“ - Paris, 11. Februar 2023.

Frauentag 2023

Internationaler Kampf gegen das Patriarchat

N. B.

Seit mehr als 100 Jahren steht der 8. März für den Kampf der Frauen gegen ihre Jahrtausende alte Unterdrückung. Geführt wird dieser Kampf bei weitem nicht nur am 8. März: Rund um die Uhr haben Frauen tagtäglich mit dem Patriarchat in all seinen ökonomischen, kulturellen und gesundheitlichen Ausprägungen zu kämpfen.



Immer wieder verdichtet sich dieser Kampf in Bewegungen. In diesem Jahr machen insbesondere zwei Entwicklungen Hoffnung, die maßgeblich von Frauen mitgetragen werden.

Frau – Leben – Freiheit

Im Herbst 2022 entwickelte sich im Iran eine revolutionäre Protestbewegung, deren Ausgangspunkt die Frauenunterdrückung war. Was als Protest gegen die tödliche kulturelle Unterdrückung der iranischen Frauen begann, umfasste schnell das gesamte gesellschaftliche Leben in der islamistischen Diktatur des Iran.

In den Aufständen der iranischen Frauen und Unterdrückten insbesondere der arbeitenden Klasse wurde deutlich, dass kulturelle Repression nicht unabhängig von ökonomischer Unterdrückung verstanden und bekämpft werden kann. Genauso ist Frauenunterdrückung nicht unabhängig von anderen gesellschaftlichen Strukturen und Unterdrückungsformen. Mit anderen Worten heißt das: Ohne Emanzipation der Frauen kann es keine gesellschaftliche Emanzipation geben. Umgekehrt gilt: Ohne Befreiung der gesamten Gesellschaft von Ausbeutung und Diskriminierung kann es keine Befreiung der Frauen geben!

Frauenwiderstand gegen „Rentenreform“

In Frankreich wehren sich seit Beginn des Jahres große Teile der arbeitenden Klassen gegen die Angriffe auf ihre Rechte. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Frauen.

Wie wir Frauen in Deutschland werden auch die Frauen in Frankreich besonders benachteiligt durch die Form, in der das Rentensystem organisiert ist. Die Rentenhöhe hängt ebenso wie die Möglichkeit, mit Abschlägen früher in Rente zu gehen, in beiden Ländern vorrangig von der versicherungspflichtig geleisteten Lohnarbeit ab.

Diese Festlegungen missachten die Tatsache, dass Frauen immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeiten übernehmen – Kindererziehung, Pflege Angehöriger und Haushaltsarbeit. Diese Zeiten, in denen Frauen keiner oder nur einer prekären Lohnarbeit nachgehen können, werden ihnen bei der Berechnung der Rente unterschlagen. Hinzu kommt, dass Frauen in der bezahlten Lohnarbeit weniger Entgelt erhalten als ihre

männlichen Kollegen in vergleichbaren Positionen, was sich ebenfalls negativ auf die Höhe der Rente auswirkt.

Internationale Solidarität

Die Unterdrückung von Frauen gibt es fast überall auf der Welt, auch wenn sie in unterschiedlichen Bereichen, Klassen und Schichten der Gesellschaft in verschiedenen Formen und Extremen auftritt. Deshalb können wir sie auch nur kollektiv, solidarisch und international bekämpfen und eines Tages überwinden.

Unsere zentralen Forderungen als ISO im Kampf gegen die Frauenunterdrückung sind:

- Gleiche soziale und politische Rechte
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Umverteilung bzw. Vergesellschaftung der Reproduktions- und Sorgearbeit
- Konsequente Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen
- Flächendeckende öffentliche Finanzierung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Einrichtungen zur Gewaltprävention
- Solidarität mit emanzipatorischen Frauenbewegungen überall auf der Welt!



Pariser Demo gegen „Rentenreform“, 11. Februar 2023.

Aufstand und Revolte im Iran

„Den Widerstand gegen das Regime stärken“

Am 16. September 2022 starb im Iran Mahsa-Jina Amini. Ihr gewaltsamer Tod löste landesweite Proteste gegen das Mullah-Regime aus. Auffällig war die große Beteiligung von Frauen an dieser Bewegung. Über die aktuelle Lage sprach *Avanti*² mit einem im deutschen Exil lebenden iranischen Genossen.*

Die Bewegung hat das Mullah-Regime zwar herausgefordert, aber nicht zum Sturz gebracht. Wie ist die gegenwärtige Situation?

Die aktuelle Lage mag so erscheinen, als seien die Aufstände zurückgeschlagen. In Wirklichkeit ist es aber nicht so. Die Bewegung wurde am Anfang vor allem von Frauen getragen, aber mit der zunehmenden Brutalität des Staates wurde ihr Anteil an den Aufständen immer kleiner. An den Universitäten und in den Schulen war die weibliche Beteiligung an den Protesten immer noch groß im Vergleich zum Anteil der Frauen, die auf den Straßen kämpften.

Diese Aufstände ab dem 16. September 2022, die mehr als 120 Tage dauerten, waren eine Weiterentwicklung der Aufstände vom Winter 2017 und Winter 2019. Die gesamten revolutionären Aufstände seit 2017 sind nur die Spitze eines Eisbergs. Der Eisberg der Revolution bewegt sich seit Jahren. Entweder er landet am Strand des Sozialismus oder er versinkt in der Barbarei des Faschismus. Die rechtsradikale „Opposition“ träumt von der faschistischen Barbarei.

War die Bewegung spontan oder organisiert?

Die Bewegung war komplett spontan, aber sie kam nicht überraschend. Die iranische Gesellschaft kocht seit Jahren.

Die katastrophale wirtschaftliche Lage einerseits, andererseits die Legitimationskrise des Regimes und die Erschütterung seiner Vorherrschaft führten zu diesen spontanen Aufständen.

Die rechte und bürgerliche Opposition im Exil fordert mehr Sanktionen, die eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise zur Folge hätten. Mit anderen Worten: das langsame, aber massenhafte Massakrieren von mehr als 70 Millionen Menschen.

Während der letzten Jahrzehnte entstanden teilweise illegale oder halb legale Organisationen, die bei den Protesten versuchten, diese Aufstände zu einer Revolution zu machen.

Das Mullah-Regime bekämpfte die Bewegung mit Gewalt und Todesurteilen. Hat es damit Erfolg?

Nein, das Regime hat seine Legitimation in der Gesellschaft

komplett verloren. Die Ermordung der kämpfenden Menschen auf der Straße oder die Hinrichtungen in den Gefängnissen können nicht als Erfolg des Regimes verstanden werden. Der Eisberg, von dem ich gesprochen habe, ist nicht einfach zu bewegen.

Die Strategie des Regimes ist sehr widersprüchlich. Einerseits ging es gegen die Protestierenden und Gefangenen mit härtester Brutalität vor, andererseits sprach es ständig von einer „diskursiven“ Lösung und hat in den letzten Tagen mehrere politische Gefangene entlassen, um zu zeigen, dass die Lage sich beruhigt habe.

Hat der Aufstand die iranische Gesellschaft verändert?

Ja, die Gesellschaft hat sich sehr radikal verändert. Es gibt immer mehr Frauen ohne Hijab auf offener Straße. Es gibt immer mehr Menschen, die auf unterschiedliche Art und Weise individuellen Widerstand leisten und die Ordnung und Legitimation des Staates in den Städten, in den Behörden, an den Universitäten und in den „sozialen Medien“ in Frage stellen.

Gibt es einen Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisation und der politischen Linken?

Ja, vor kurzem wurde eine Erklärung von unterschiedlichen Gewerkschaften und politischen Organisationen im Iran veröffentlicht. Diese wenden sich scharf gegen eine „Veränderung von oben“ gegen den Willen der Unterdrückten sowie gegen jeden Versuch eines Putsches oder Regime-Wechsels und rufen zu breiter iranweiter Solidarität auf. Das belegt den Aufschwung der gewerkschaftlichen und linken Organisationen.

Was sind die nächsten Schritte des Widerstands?

Es ist ganz klar geworden, dass das islamische Regime im Iran ohne breite landesweite radikale und militante Kämpfe mit gleichzeitigem Streik und bewaffnetem Widerstand nicht geschlagen werden kann.

Die Aktivisten und Aktivistinnen in den linken Spektren sind dabei, die Gesellschaft auf eine radikale Revolution vorzubereiten, die dieses Mal zum Sturz des Regimes führt. In den kurdischen Gebieten haben sich in mehreren Städten revolutionäre, sozialistische Untergrundorganisationen und illegale Räte gebildet, die sogar in den „sozialen Medien“ eine große Aufmerksamkeit bekommen haben.

Was können wir von Deutschland aus tun?

Das ist schwierig zu beantworten. Die internationale Solidarität mit der Arbeiterklasse durch linke und sozialistische Organisationen und durch die Arbeiterklasse anderer Länder ist sehr häufig gefragt. Man kann mit den kommunistischen und revolutionären Gruppen, Parteien und Aktivist*innen in Kontakt treten, die die linken und revolutionären Proteste gegen das Regime und gegen die Monarchisten unterstützen. Man kann mit direkten Spenden an politische Gefangene, an Arbeiter*innen und andere den Widerstand gegen das Regime stärken.

* [Die Fragen stellte R. G.]



„Freiheit für politische Gefangene im Iran“ – Demo in Paris, 19. November 2022.

Solidarität in Zeiten des Krieges!

H. S.

Auch ein Jahr nach Beginn der russischen Invasion in die Ukraine ist ein Ende des Krieges nicht absehbar. Alle „realpolitischen“ Lösungen sind katastrophal.

Wenn Russland die Ukraine militärisch unterwirft, ist das eine Einladung an alle imperialistischen Projekte, die Nachbarländer zu überfallen. Wenn die NATO hingegen hochmoderne Waffen liefert, um den militärischen Kollaps der Ukraine zu verhindern, hält das einen Abnutzungskrieg in Gang. An dessen Ende sind mindestens Hunderttausende, im schlimmsten Fall sehr viele Millionen Menschen ermordet.

Deshalb besteht die erste Aufgabe darin, sich zu vergegenwärtigen, wem unsere Empathie gelten muss. Nicht Nationalstaaten, sondern denjenigen, die unter dem russischen Überfall leiden. Das ist die Bevölkerung in zerschossenen ukrainischen Ortschaften. Das sind geflohene Kinder und zwangsrekrutierte Soldaten auf beiden Seiten der Frontlinie.

Daher gilt es, Geflüchtete aufzunehmen, Lebensmittel und Medikamente zu schicken, Deserteure zu verstecken, Oppositionelle in Russland und der Ukraine nach ihrer Meinung zu befragen und zu unterstützen (siehe auch den Artikel zur Ukraine-Solidarität auf Seite 7). Und nicht zuletzt ist es höchste Zeit, der Kriegstreiberei eine Strategie der sozialen Verteidigung entgegenzustellen. Nur diejenigen, die sich dafür einsetzen, können den Waffenlieferungen der NATO glaubwürdig widersprechen.

„Zeitenwende“ zum Militarismus

Rüstungskonzerne gelten seit kurzem als ganz normale Wirtschaftsunternehmen. NATO-Strukturen, die in den letzten 70 Jahren noch für die Unterstützung von Diktaturen in aller Welt im eigenen ökonomischen Interesse aktiviert wurden, werden jetzt zur „Friedensmacht“ erhöht. Auf diese Weise werden die reaktionärsten, aggressivsten und kriegesrischsten Strömungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gestärkt. In Anbetracht dessen ist ein Nein zu Aufrüstung und militaristischer Mobilmachung unabdingbar.

Die Osterweiterung der NATO ist ein nicht unwesentlicher Aspekt, der den Krieg des Putin-Regimes in der Ukraine gegenüber der russischen Bevölkerung recht-

fertigen soll. Aber Putin & Co. geht es nicht in erster Linie um die NATO, sondern darum, sich durch den Krieg jenes geopolitische Gewicht zu verschaffen, das sie wirtschaftlich nicht mehr besitzen. So soll verhindert werden, dass sich ein bürgerlich-parlamentarisches System etabliert, das auch in Russland als Alternative zur „lupenreinen Demokratie“ Putins betrachtet werden könnte.

Wahr ist aber auch, dass die Verteidigung der Ukraine ein anderer Krieg überlagert. Der „Westen“ finanziert einen anhaltenden Stellvertreterkrieg, in dem sich Russland verbrauchen und als Verbündeter Chinas massiv geschwächt werden soll. Ein Krieg im Pazifik ist für die US-Führung eine reale Option. Anders ausgedrückt: Die Ukrainer verteidigen ihr Leben, die imperialistischen Staatenlenker verfolgen ihre eigenen geostrategischen Projekte.

Zwei Optionen

Entweder der Ukraine-Krieg eskaliert oder er wird durch Verhandlungen eingefroren. Dass die Interessen Russlands mit dem Völkerrecht unvereinbar sind, und

es dementsprechend wenig Grundlage für Verhandlungen gibt, ist ein berechtigter Einwand. Nur stimmt das für fast alle bewaffneten Konflikte. Das Einfrieren von Kriegen sorgt immerhin dafür, das Sterben zu begrenzen und eine Eskalation zu verhindern. Auch in Vietnam wurde mit dem Aggressor verhandelt, um ihn am Ende durch den Widerstand der Bevölkerung politisch zu besiegen.

Es darf nicht zugelassen werden, dass die politische Rechte sich in der Öffentlichkeit als der eigentliche Kriegsgegner inszenieren kann. Es gilt, deren Demagogie und Menschenfeindlichkeit zu entlarven und zu bekämpfen.

Wenn es nicht gelingt, diesen Krieg zu stoppen, wächst die Gefahr eines Dritten Weltkriegs. Aufgabe der Linken ist zuallererst die praktische Solidarität mit den durch den Krieg direkt betroffenen Menschen. Aber es ist auch ihre Aufgabe, gegen die erneute ideologische, wirtschaftliche und militärische Kriegstreiberei der Herrschenden hierzulande Widerstand zu leisten. Und nicht zuletzt gilt es, eine internationale Antikriegsbewegung aufzubauen. ■



Kundgebung gegen Ukraine-Krieg in Mannheim, 24. Februar 2023.

Foto: Avanti².

„Ein Jahr Ukraine-Krieg - Frieden schaffen mit noch mehr Waffen?“

L. M.

Dies war das Thema einer Veranstaltung mit Winfried Wolf am 24. Februar 2023 im Mannheimer Gewerkschaftshaus. Eingeladen hatte das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ mit Unterstützung der lokalen Gruppen von Attac, DIDF, DFG-VK, Förderverein Frieden, Friedensbündnis und IWA. Über 70 Menschen waren der Einladung gefolgt.

Winfried Wolf ging in seinem hervorragenden Vortrag auf die unterschiedlichen Interessen der direkt oder indirekt am Krieg beteiligten Staaten ein. Dabei machte er deutlich, dass es keine Rechtfertigung für den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gäbe. Waffenlieferungen lehnte er ab. Der Westen wolle den Krieg fortsetzen, obwohl dies nicht der Stimmung in der Bevölkerung entspräche.

Kriegstreiber nicht nur im Osten

Putins Politik sei nach innen autoritärer und nach außen aggressiver geworden. Die Opposition werde unterdrückt und alternative Medien seien inzwischen verboten. Aber auch in der Ukraine würden die demokratischen Rechte eingeschränkt und die russischsprachige Bevölkerung ausgegrenzt. Von über 8 Millionen Kriegsflüchtlingen seien immerhin mehr als 3 Millionen nach Russland geflohen.

Im Westen kämen in den Medien vor allem Personen zu Wort, die die Verlängerung des Krieges befürworteten. In den USA werde derzeit die Intensivierung des Krieges diskutiert. Und im deutschen *Handelsblatt* sei erklärt worden, dass es keinen Kompromiss geben könne. Solche Positionen nehmen, so Wolf, die Eskalation des Ukraine-Krieges bis hin zu einem atomaren Inferno in Kauf.

Laut Wolf ist der russische Überfall nicht vorhersehbar gewesen, aber im Rückblick erklärbar. In 10 Thesen zeigte er Interessen und Widersprüche auf, die in diesem Krieg eine Rolle spielen. Dabei analysierte er insbesondere die Ziele der USA.

Die Eigeninteressen der USA

Dieser Krieg passe in die Strategie der führenden NATO-Macht USA. Der USA gehe es nicht um die Verteidigung „westlicher

Werte“, sondern um ihre weltweite Vormachtstellung. Sie bereite sich auf den großen „Showdown“ mit China vor.

Für dieses Kräftenessen sei die Vorherrschaft über Eurasien von besonderer Bedeutung. Die Ukraine habe dabei eine Schlüsselstellung. Deshalb setze die USA auf die Fortsetzung des Krieges und die Niederlage Russlands. Diese Strategie habe der ehemalige US-Präsidenten-Berater Brzezinski bereits 1997 in seinem Buch *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft* beschrieben.

Am Ende werde es Friedens-Verhandlungen geben. Die Frage sei nur wann. Angesichts der atomaren Bedrohung müssten diese so schnell als möglich stattfinden, und es müsste jede Verlängerung des Krieges abgelehnt werden.

Ernsthafte und solidarische Diskussion

Zahlreiche Wortbeiträge machten deutlich, wie sehr dieser Krieg die Anwesenden berührt. Dabei kam es zu einem intensiven und solidarischen Austausch über den Krieg und die damit verbundenen politischen Herausforderungen. Einig waren sich alle in dem Ziel, dass dieser Krieg so schnell als möglich beendet werden müsse.

Ein wichtiger Punkt war die Bedeutung Mannheims als Drehscheibe für den Transport schwerer Waffen und sonstiger militärischer Ausrüstung für die US-Armee. Mannheim wäre bei einer Eskalation des Krieges ganz sicherlich ein Angriffsziel der russischen Luftwaffe. Dasselbe gelte für den nur 65 km von Mannheim entfernten US-Militärstützpunkt in Ramstein.

Ein anderes Thema war die Kriegspropaganda. Den veröffentlichten Bildern dürfe nicht blind vertraut werden. Sie seien Teil der jeweiligen Propaganda. Es sei einfach, Bilder zu inszenieren oder zu fälschen. Ergänzt wurde dies mit dem Hinweis, dass es weder *den* bösen Russen, noch *den* bösen Amerikaner gäbe.

Wie den Krieg beenden?

Eine interessante Frage war, wie die Gewaltspirale des Krieges beendet werden könnte. Winfried Wolf vertrat diesbezüglich das Konzept des „sozialen Widerstands“. Bedauerlicherweise konnte dieses Thema aus Zeitgründen nicht mehr vertiefend diskutiert werden.

Leider kam es auch nicht zu einer größeren Diskussion über das „Manifest für Frieden“ von Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht. So konnte zwar die fehlende Abgrenzung des Manifests gegen die politische Rechte angesprochen, aber nicht im notwendigen Maße inhaltlich geklärt werden.

Dies waren vielleicht die größten Schwächen eines sehr gelungenen Abends, der viele Informationen und vor allem einen politischen Raum zur gemeinsamen Debatte bot. ■



Foto: Privat.

Gewerkschaftliche Solidarität

Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften verstärken

Seit Ende 2022 wird der Aufruf „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ verbreitet. Wir dokumentieren im Folgenden den gesamten Text und schließen uns der dort enthaltenen Bitte um Unterstützung vor allem durch Weiterverbreitung, Unterschriften und Geldspenden an.

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. Familien mit ausreichenden Finanzmitteln flüchten nach Polen oder in andere westeuropäische Länder. Die arbeitende Bevölkerung mit geringen Ressourcen ist jedoch darauf angewiesen, entweder vor Ort auszukommen oder in eine westlich gelegene ukrainische Stadt zu flüchten.

Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zu der Bevölkerung im Osten aufrecht halten.

Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten:

Während das Arbeitsrecht aus der Sowjetzeit in der Russischen Föderation schon längst dem Neoliberalismus im Interesse des Profits zum Opfer gefallen ist, entsprechen diese Gesetze in der Ukraine zum Teil noch denen aus der Sowjetunion. Gerade in Zeiten des Krieges, wo die Regierung die Devise des „Zusammenrückens“ ausruft und die Bevölkerung meint, sie müsse dieser Aufforderung folgen, um die nationale Souveränität zu erhalten, sind Rechte der Beschäftigten den Unternehmern ein Dorn im Auge; zusammen mit ausländischen Berater:innen, wie sie u. a. Boris Johnson in das Arbeitsministerium in Kiew geschickt hat, treiben sie den Staat dazu, diese Rechte abzubauen. Gegen diesen Abbau der Rechte der Arbeitenden versuchen sich die Gewerkschaften zusammen mit fortschrittlichen Kräften zu stemmen.

Während die Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung zentraler Dienstleistungen, vor allem in den Bereichen Verkehr und Gesundheit, spielen, werden sie gezwungen, sich gegen die eigene Regierung zu stellen und sich gegen den Abbau der Rechte in den Betrieben zu wehren. Bei dem Kampf gegen den Abbau von Rechten der abhängig Beschäftigten muss sich die internationale Öffentlichkeit mit den ukrainischen Gewerkschaften solidarisch zeigen. Bei der Aufrechterhaltung zentraler Dienstleistungen können die internationale Öffentlichkeit, Gewerkschafter:innen und Initiativen Solidarität durch humanitäre Hilfe leisten.

Unser Aufruf wurde im ersten Monat sofort von 75 Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet, und es wurden circa 8000 Euro gespendet! Die Spenden wurden nun in zwei ersten Raten an die beiden Gewerkschaften in der Ukraine geschickt, mit denen wir im engen Kontakt stehen:

Die Eisenbahner:innen-Gewerkschaft hat mit einer entsprechenden Geldspende einerseits einen Generator für umgesiedelte Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits warme Kleidung und Schlafsäcke besorgen können. Für die Gewerkschaft des Gesundheitspersonals in Krywyj Rih wurden speziell benötigte Medikamente, vor allem Schmerzmedikamente, für die Städtische Klinik in Krywyj Rih gekauft und dorthin verschickt. Diese wenn auch nur kleine Geste der Solidarität wurde sehr begrüßt.

Wir rufen zur weiteren Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf."

Unterzeichner:innen:

Wolfgang Alles, Mannheim, IGM; Brigitte Basler, Hamburg, IGM; Daniel Behruzi, Darmstadt, ver.di; Torsten Bewernitz, Mannheim, ver.di; Violetta Bock, Kassel, ver.di; Christiaan Boissevain, München, IGM; Udo Bonn, Düsseldorf, IGM; Helmut Born, Düsseldorf, ver.di; Slave Cubela, Frankfurt/M., Gewerkschaftssekretär; Lawrence Dlangamandla, Düsseldorf, ver.di; Klaus Drechsel, Berlin, ver.di; Johanna Erdmann, Berlin, ver.di; Rolf Euler, Recklinghausen, IGBCE; Hinrich Feddersen, Hamburg, ver.di; Wolfgang Feikert, Karlsruhe, ver.di; Udo Filthaut, Oberhausen, ver.di; Nina Geier, Hamburg, ver.di; Jochen Gester, Berlin, IGM; Thies Gleiss, Köln, IGM; Romina Gonzalez, Hamburg, ver.di; Christian Haasen, Hamburg, ver.di; Norbert Hackbusch, Hamburg, ver.di; Christine Harff, Hamburg, ver.di; Ole Heide, Darmstadt, ver.di; Michael Heldt, Kassel, IGBCE; Martina Helmerich, Frankfurt/M., IGM; Walter Hoff, Telgte, IGM; Axel Hopfmann, Hamburg, ver.di; Stefan Jungblut, Hamburg, GEW; Anke Kleinemeier, Hamburg, ver.di; Anton Kobel, Mannheim/Heidelberg, ver.di; Matthias Königer, München, GEW; Ernst Krefft, Hamburg, ver.di; Wolfgang Kremer, Köln, ver.di; Daniel Kreutz, Köln, ver.di; Uwe Krug, Berlin, GDL; Stephan Krull, Hamburg, IGM; Labournet Germany; Constanze Lindemann, Berlin, ver.di; Klaus-Peter Löwen, Stuttgart, IGM; Hartmut Meyer, Berlin, IGM; Tobias Michel, Oberhausen, ver.di; Klaus Murawski, Berlin, IGM; Hermann Nehls, Berlin, IGM; Claudia Nest, Hamburg, ver.di; Gudrun Nolte, Hamburg, ver.di; Hartmut Obens, Hamburg, ver.di; Werner Ott, Stuttgart, GEW; Günter Pabst, Schwalbach, ver.di; Michael Petersen, Hamburg, IGBCE; Kirsten Rautenstrauch, Hamburg, ver.di; Thomas Rensing, Duisburg, ver.di; Jan Rübke, Hamburg, IGM; Jakob Schäfer, Wiesbaden, IGM; Michael Schilwa, Berlin, ver.di; Philipp Schmid, Zürich, VPOD; Helmut Schmitt, Heppenheim, IGBCE; Peter Schrott, Berlin, ver.di; Katharina Schwabedissen, Bochum, ver.di; Dirk Schwarzer, Hamburg, IGM; Frank Schwarzer, Bielefeld, ver.di; Jürgen Senge, Düsseldorf, ver.di; Uwe Sietas, Hamburg, IGM; Anne Sprenger, Düsseldorf, ver.di; Petra Stanius, Oberhausen, ver.di; Frank Steger, Berlin, ver.di; Paul Stern, Wien, ver.di; Lars Stubbe, Hamburg, ver.di; Nadja Thiessen, Darmstadt, ver.di; Günter Triebe, Berlin, IGM; Christoph Wälz, Berlin, GEW; Patrick Walkowiak, Hamburg, ver.di; Ralph Wiechert, Düsseldorf, ver.di; Eva-Maria Zimmermann, Köln, GEW; Wolfgang Zimmermann, Düsseldorf, ver.di. ■

Spenden an:

Internationale Solidarität e. V. Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

Namentliche Unterstützung:

Bitte mit Vor- und Nachname, Ort, Gewerkschaft an Christian Haasen. Email: ukraine-solidaritaet@intersoz.org.

Bitte verbreitet diesen Aufruf unter Euren Kolleginnen und Kollegen!

Tarifstreit ÖD und Post Alle Räder stehen still ...

U. D.

Die von der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und dem Deutschen Beamtenbund (dbb) organisierten Warnstreiks bei der Post AG und im Öffentlichen Dienst waren deutliche Signale der Kampfbereitschaft.

Besonders beeindruckend war die Stilllegung großer deutscher Flughäfen. Diese massiven Arbeitsniederlegungen waren die richtige Antwort auf die dreisten „Angebote“ der öffentlichen „Arbeitgeber“ und der Post AG. Diese liegen nämlich sehr deutlich unterhalb der offiziellen Teuerungsrate. Sie sind ein klares Zeichen dafür, dass die Reallöhne weiter gesenkt werden sollen, um die öffentlichen Kassen zu „entlasten“ bzw. die Rekord-Profite der Post AG noch mehr zu erhöhen. Die Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro soll dabei wie in anderen Branchen als Beruhigungsspiel für die Beschäftigten dienen.

Dagegen fordern die Gewerkschaften und ihre Mitglieder zu recht einen Inflationsausgleich, der die Tarifentgelte steigert. Sie wollen sich nicht mit einer Inflationsausgleichsprämie zufriedengeben, sondern tabellenwirksam ihre Kaufkraft sichern.

Erpresserische Provokation

Die Führung der Post AG hat trotz höchster Profite gedroht, bei einem hohen Tarifabschluss Unternehmensteile auszugliedern. Diese offene Kampfansage soll die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften einschüchtern und zum Nachgeben zwingen. Dieser Erpressung muss in Wort und Tat entschieden entgegengetreten werden.

Das Verhalten der Spitze der Post AG ist jedoch kein Einzelfall, sondern knallharter Alltag in zahllosen Unternehmen. Zum einen ist dies möglich, weil in den letzten Jahrzehnten das Unternehmens- und Arbeitsrecht zum Nachteil der Belegschaften verschlechtert wurde. Zum anderen, weil „sozialpartnerschaftlich“ orientierte Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte dagegen keinen gemeinsamen Kampf organisieren wollen.



Poststreik von ver.di in Mannheim, 27. Januar 2023.

Angriffe auf Streikrecht

Anlässlich der erfolgreichen Flughafenstreiks forderten die CDU-Mittelstandsvereinigung und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) eine weitere Einschränkung des Streikrechts.

Damit greifen sie direkt die arbeitende Klasse und deren Gewerkschaften insgesamt an. Unverblümt verfolgen diese Herrschaften eine knallharte kapitalistische Politik. Sie scheuen nicht davor zurück, für ihre Profitinteressen der weitere Demontage demokratischer Rechte das Wort zu reden. Währenddessen träumen manche Gewerkschaftsspitzen weiterhin von „Sozialpartnerschaft“, anstatt diese Angriffe ebenso entschlossen zurückzuweisen.

Branchenübergreifende Bedeutung

Die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst und bei der Post AG haben über ihre Branchen hinaus eine politische Bedeutung.

Erstens folgen sie nicht der Tarifpolitik der Gewerkschaften IGBCE und IG Metall. Diese haben bewusst niedrige Tarifierhöhungen vereinbart und mit der Inflationsausgleichsprämie geschönt. Damit haben sie massiven Kaufkraftverlust akzeptiert und dies als Erfolg einer „vernünftigen“ Tarifpolitik verkauft.

Zweitens werden die Beschäftigten nicht mit der „sozialpartnerschaftlichen“ Propaganda des Maßhaltens berieselt. Vielmehr werden die Forderungen mit den Interessen der Beschäftigten begründet und eine Tarifbewegung mit aktivierenden Aktionen und Streiks organisiert.

Drittens machen kämpferische Tarifrunden mit Diskussionen, Aktionen und Streiks die Kraft und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Klassenorganisation erfahrbar. Sie lassen Kampferfahrung entstehen und fördern das Klassenbewusstsein.

Kritische Solidarität von unten

Die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst und bei der Post AG brauchen konkrete Solidarität. Zum Beispiel durch sichtbare Teilnahme an Tarifaktionen und vielfältige andere Solidaritätsbekundungen. Von besonderer Bedeutung ist es, Solidarität in und mit den „eigenen“ Gewerkschaften, Vertrauensleuten, Betriebsräten und Belegschaften zu organisieren.

Solidarität darf jedoch nicht zu blindem Vertrauen gegenüber den Gewerkschaftsspitzen führen. Schließlich wäre es nicht das erste Mal, dass diese im entscheidenden Moment zurückweichen.

Ein gutes Gegenmittel ist es, eigenständige Vernetzungen aktiver Gewerkschaftsmitglieder aufzubauen. Damit können die Dynamiken dieser Tarifrunden und die vorhandene Kampfbereitschaft genutzt werden, um das Vertrauen in die eigene Kraft noch mehr zu stärken und bessere Tarifabschlüsse als bisher durchzusetzen. ■

„Rentenreform“ in Frankreich

Alle Welt schaut auf den Streik ab dem 7. März

BERNARD SCHMID

Geisterstunde am Freitag, den 17. Februar 2023. Um kurz vor Mitternacht wurde die Debatte über den Gesetzentwurf zur „Rentenreform“ in der Nationalversammlung abgebrochen. Die zwei Sitzungswochen dauernde Diskussion hatte wesentliche Teile des Gesetzestextes nicht behandelt.

Insbesondere war sie nicht bis zum Kern-Artikel 7 vorgedrungen. Dieser Paragraph beinhaltet die Anhebung des gesetzlichen Rentenmindestalters von bislang 62 auf 64. Aber nicht vergessen: Eine von Abzügen wegen fehlender Beitragsjahre abschlagsfreie Rente gibt es in Frankreich erst ab 67!

Die Aussprache im Parlament war zum Erliegen gekommen, weil Tausende von Änderungsanträgen zuvor hatten behandelt werden müssen. Insgesamt waren 20.500 Änderungsanträge eingereicht worden, unter ihnen gut 18.000 allein von dem Bündnis mehrerer Linksfaktionen, der NUPES.

Damit wiederholte die Linksopposition die parlamentarische Verzögerungs- und Behinderungstaktik, die im Jahr 2004 mit einigem Publikumserfolg u. a. durch Parlamentarier der KP gegen die damals zur Abstimmung gestellte Privatisierung des französischen Stromversorgers EDF angewandt worden war.

Auch wenn der parlamentarische Zirkus von 2004 gewiss keine Tragödie darstellte, sondern eher eine Art von Widerstandshandlung, so ließen sich die Abläufe im Jahr 2023 nicht mit vergleichbaren Ergebnissen wiederholen.

Zum Ersten, weil die bürgerliche Regierungsmehrheit dieses Mal nicht überrascht war, sondern sich längst argumentativ darauf eingestellt hatte. Bei ihren Auftritten in Medien warnten Vertreter des Regierungslagers, aber auch anderer Oppositionsparteien schon vorbeugend vor einer zu erwartenden „Chaos-Strategie“.

Und zum Zweiten, weil die Parlamentsdebatte dieses Mal von vornherein zeitlich beschränkt war, denn das Regierungslager hatte den „Reformentwurf“ als Haushaltsgesetz (d. h. als Nachtragshaushalt) deklariert. Bei Haushaltsdebatten gibt es nur jeweils eine Lesung in der Nationalversammlung (und im Senat, der anderen

Parlamentskammer) statt sonst drei Lesungen. Wird die Debatte nicht nach fünfzig Tagen abgeschlossen, darf die Exekutive den fraglichen Text auf dem Verordnungsweg verabschieden.

Grenzen parlamentarischer Taktiken

Die Taktik des „Chaotisierens“ lief sich darum ein Stück tot. Zudem zeigte sich auch das Linksbündnis NUPES tief gespalten. Selbst deren zahlenmäßig stärkste Einzelfraktion, die linkssozialdemokratisch bis linksnationalistisch schillernde Wahlplattform LFI („Das unbeugsame Frankreich“) war sich sehr uneinig.

Ein Teil ihrer Abgeordneten hätte es gerne den übrigen Linksfaktionen gleich getan und die Debatte bis zum besonders strittigen Artikel 7 vorrücken lassen, da von ihrer Einzelfraktion noch immer 13.000 Änderungsanträge im Raum standen.

Doch der faktische Chef der ohne Parteistrukturen auskommenden Wahlplattform, der frühere Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon, hielt dagegen. Er wies öffentlich den Chef der Französischen KP, Fabien Roussel, zurecht: Seine Position zugunsten eines Rückzugs zahlreicher Änderungsanträge sei falsch. Ihr zu folgen, wä-

re ein verhängnisvoller Fehler;.

Übrigens waren auch Teile der sozialen Bewegungen (im Unterschied zu den Strukturen von CGT und CFDT) der Überzeugung, dass es eventuell demobilisierend wäre, wenn der Artikel 7 debattiert und beschlossen würde. Dann, so die Befürchtung, könne das Argument der „demokratischen Legitimation“ greifen.

Letztendlich setzte sich faktisch die Position der Nichtbefassung durch, wozu auch das Regierungslager beitrug. Es verschleppte selbst die Debatten. Ihm ging es darum, zu verhindern, dass ihre Abgeordneten zum Artikel 7 Farbe bekennen mussten, da zumindest manche zu zögern schienen. Überdies hatten die Gewerkschaften unterdessen alle Abgeordneten (mit Ausnahme des rechtsextremen RN, welchen sie absichtlich ausklammerten) schriftlich aufgefordert, ihre Positionierung zur „Rentenreform“ bekannt zu machen. Was faktisch bedeutete, ihnen die spätere Nicht-Wiederwahl anzudrohen.

Jetzt steht auf jeden Fall die Vorbereitung der Streiks und Massenproteste ab dem 7. März 2023 im Vordergrund, die nach dem Willen der Gewerkschaften Frankreich lahmlegen sollen. ■



Demo gegen „Rentenreform“ in Paris, 11. Februar 2023.

Foto: Martin Noda / Hans Lucas.

„Solidarität statt Preistreiberei!“

Bedrohliche Verarmung?

E. B.

Am 7. Februar 2023 stand die Kundgebung des Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiberei!“ auf dem Paradeplatz im Zeichen der bedrohliche Ausmaße annehmenden Verarmung.

Zum Auftakt der Februar-Veranstaltung hielt ein Vertreter des Aktionsbündnisses eine Rede zum Thema. Danach berichtete ein Gewerkschaftssekretär von ver.di über die laufende Tarifrunde im Öffentlichen Dienst. Zu guter Letzt sprach ein Mitglied der SDAJ zu den Herausforderungen des Kampfs gegen Teuerung.

Wir dokumentieren im Folgenden den Beitrag des Aktionsbündnisses mit redaktionell eingefügten Zwischenüberschriften.

„Im Mittelpunkt unserer Protestaktion steht dieses Mal die bedrohliche weitere Verarmung vor allem von Bezieher:innen kleiner und mittlerer Einkommen.“

Wir solidarisieren uns auch deshalb ausdrücklich mit den laufenden gewerkschaftlichen Tariffbewegungen für höhere Realeinkommen bei Coca Cola, der Deutschen Post AG, T-Max und im Öffentlichen Dienst. Wir fordern zudem zur Solidarität mit den gewerkschaftlichen Massenprotesten in Frank-

reich gegen die „Rentenreform“ oder in Britannien gegen die Einschränkung des Streikrechts auf.

Drastische Verschärfung der Armut

Eine von der Hilfsorganisation Oxfam durchgeführte aktuelle Analyse zeigt, dass im Jahr 2022 für mindestens 1,7 Milliarden abhängig Beschäftigte die Inflation das Lohnwachstum übersteigt. Dadurch wird die soziale Ungleichheit noch weiter zunehmen und die Armut sich drastisch weiter verschärfen.

Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) belegen, dass Lohnarbeitenden Reallohnverluste in Höhe von 337 Milliarden US-Dollar drohen. Am stärksten betroffen seien Frauen und Menschen mit einer Herkunft aus dem Ausland.

In krassem Gegensatz dazu steht die enorme Anhäufung von neuem Reichtum bei einem winzigen Teil der Menschheit. Laut Oxfam hat das reichste Prozent der

Menschheit sich seit 2020 fast zwei Drittel des gesamten neu erwirtschafteten weltweiten Vermögens angeeignet.

Deutschland weist bezeichnenderweise im Vergleich zu anderen EU- oder OECD-Ländern die höchste Ungleichheit bei privaten Vermögen auf.

Paradies für Superreiche und Konzerne

Laut Oxfam verfügten 2021 die reichsten zehn Prozent hierzulande über mehr als zwei Drittel des gesamten Privatvermögens, das reichste Prozent mehr als ein Drittel und allein die reichsten 0,1 % etwa ein Fünftel.

Hingegen besitzen die ärmsten 50 % der Bevölkerung mit nur 1,3 % kein nennenswertes Vermögen. Viele von ihnen haben kaum oder gar keine Rücklagen für schwere Zeiten oder sind sogar verschuldet. Laut Sparkassen- und Giroverband haben mittlerweile 40 % ihre Girokonten überzogen und müssen Dispokredite zu Wucherzinsen in Anspruch nehmen.

Die Armut wächst in Deutschland rasant.

Um nur zwei Beispiele zu nennen: Die „Tafeln“ können dem Andrang von hungernden Menschen nicht mehr Herr werden. Und mittlerweile ist fast jeder fünfte Renten-Beziehende über 65 Jahre von Altersarmut betroffen. Frauen sind davon besonders betroffen. Ihre Durchschnittsrente lag 2021 bei 832 Euro monatlich.

Diese Entwicklungen fallen nicht vom Himmel. Sie sind Ausdruck einer Politik, die Superreiche und Konzerne steuerlich und durch den Ausbau eines riesigen Billiglohnssektors hemmungslos begünstigt.

Wir meinen: Es ist höchste Zeit, das Übel an der Wurzel zu packen. Unsere Leben sind mehr wert als die Profite einer kleinen Minderheit! Deshalb: Solidarität statt Preistreiberei!“

Die nächste Protestversammlung gegen Preistreiberei findet am Dienstag, den 7. März 2023, um 18:00 Uhr ebenfalls auf dem Paradeplatz statt.



Kundgebung auf dem Mannheimer Paradeplatz, 7. Februar 2023.

Foto: Avanti².

ISO-Lesekreis Februar 2023

Trotzkis Faschismustheorie

R. G.

Vor 90 Jahren wurde in Deutschland die politische Macht an Hitler und seine Nazi-Partei übergeben. Dies war das Startsignal für deren mörderische Vernichtungs- und Kriegspolitik im Interesse des deutschen Großkapitals.

Die Blutspur des Faschismus liefert Millionen schrecklicher Gründe, um sich mit ihm zu beschäftigen. Dabei darf es nicht nur um einen historischen Rückblick gehen. Vielmehr gilt es, seine Wurzeln und Ursachen zu verstehen, um einen neuen, wie auch immer gearteten Faschismus zu verhindern.

Aus diesen Gründen war das Thema des Februar-Lesekreises der ISO Rhein-Neckar Trotzkis Faschismustheorie. Als Grundlage diente ein Text von Ernest Mandel aus dem Jahr 1968, der die Kernelemente dieser Theorie zusammenfasst (veröffentlicht als Theoriebeilage der *Avanti*² Nr. 71/72).

Trotzkis Faschismustheorie

Warum gerade Trotzki? Dieser entwickelte bereits vor 1933 die wohl hellsichtigste Einschätzung des Faschismus. Unter anderem hat er früh davor gewarnt, dass Hitler sowohl die deutsche Arbeiterbewegung als auch die Sowjetunion angreifen werde. Nicht zuletzt propagierte er unermüdlich den einzig erfolgversprechenden Weg, um den Faschismus zurückzudrängen: Den Aufbau einer kämpfenden Einheitsfront aus KPD, SPD und Gewerkschaften.

Mandel beschreibt in seinem Text sechs objektive und subjektive Faktoren, die Trotzkis Faschismustheorie beinhalte.

1. Der Faschismus sei Ausdruck einer tiefen und umfassenden Krise der kapitalistischen Gesellschaft. In dieser Krise sei seine historische Funktion, die Bedingungen schlagartig zu Gunsten des Kapitals zu verändern.

2. Aufgrund der Stärke der Arbeiterbewegung sei die bürgerlich-parlamentarische Demokratie für das Großkapital zwar die „günstigste“ Herrschaftsform, aber nicht die einzig mögliche. Werde das gesellschaftliche Kräftegleichgewicht erschüttert, sei das Kapital zur Sicherung von Macht und Reichtum auch zu autoritären Staatsformen bereit.

3. Autoritäre Staatsformen (z. B. Militärdiktatur, Polizeistaat) könnten nicht allein durch Repression „erfolgreich“ sein. Dazu brauche es eine Massenbewegung, die die Arbeiterklasse und ihre Organisationen terrorisiere, entmutige und nach Erreichen der politischen Macht diese zerschlage.

4. Diese Massenbewegung entstehe unter dem Druck der Krise im Wesentlichen aus dem Kleinbürgertum. In ihr würden sich Versatzstücke einer „antikapitalistischen“ Demagogie mit der Feindschaft gegen die organisierte Arbeiterklasse verbinden. Sobald sie in der Lage sei, letztere mit Gewalt zu bekämpfen, sei eine faschistische Bewegung entstanden. Um die politische Macht erobern zu können, brauche sie jedoch die Unterstützung des Großkapitals.

5. Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg des Faschismus sei das Fehlen eines aktiven gemeinsamen proletarischen

Widerstands gegen den braunen Terror. Der Sieg des Faschismus sei nicht unausweichlich. Im Gegenteil: Bei entschlossener und einheitlicher Gegenwehr könne er verhindert werden.

6. Nach seinem Sieg zeige der Faschismus, dass er nicht die Interessen des Kleinbürgertums vertrete, sondern die des Großkapitals. Die faschistische Bewegung werde teilweise in den Staats- und Unterdrückungsapparat integriert, die „antikapitalistische“ Demagogie werde aufgeben. Vor allem aber würden die Profitbedingungen des Großkapitals verbessert werden.

Gemeinsam lesen und diskutieren

Ernest Mandels Text ist inhaltlich dicht und in der vorliegenden Übersetzung ohne Vorkenntnisse nicht leicht verständlich. Aber durch gemeinsames Lesen und Diskutieren konnten ihn die Teilnehmenden für sich erarbeiten. Dabei wurde deutlich, wie hochaktuell Trotzkis Faschismustheorie ist. Gerade derzeit ist der Kapitalismus von globalen und tiefen Krisen geprägt, nimmt die Zahl autoritär geführter Staaten zu und werden rechte und faschistische Parteien immer stärker.

Bislang finden die Organisationen der arbeitenden Klasse und die sozialen Bewegungen darauf keine angemessenen Antworten. Erneut stellt sich darum die Aufgabe, eine solidarische Front gegen autoritäre und faschistische Strömungen aufzubauen. Noch ist nichts entschieden. Das beweisen nicht zuletzt die Demokratiebewegung im Iran und die aktuellen Massenstreiks in Frankreich.

Aber den Teilnehmenden wurde deutlich, wie wichtig und drängend der Aufbau einer solchen Abwehrfront ist. Genau dafür lieferte dieser Lesekreis in einer solidarischen Atmosphäre viele inhaltliche und praktische Anregungen. ■



Wolfgang Alles
Für Einheitsfront gegen Faschismus
Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft & Forschung 1
 Aktualisierte Neuausgabe
 Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Weber und einem aktuellen Nachwort des Autors
 305 Seiten, 29,80 €
 ISBN 978-3-89 900-001-6

Polizeieinsatz gegen kurdische Antikriegsdemo

O. T.

Am Samstag, den 4. Februar 2023, protestierten in Mannheim rund 400 meist kurdische Menschen gegen die kriegsgerichteten Angriffe der Türkei auf Nordsyrien.

Die Demo führte vom Wasserturm zum Alten Meßplatz. Sie wurde organisiert vom Mannheimer Bündnis „Solidarität mit Rojava“. Wie immer bei kurdischen Protesten gab es auch dieses Mal schikanöse Auflagen. So waren zum Beispiel PKK-Fahnen und Bilder des PKK-Führers Abdullah Öcalan verboten, Fahnen der YPG und YPJ waren hingegen erlaubt.

Die friedliche und von vielen Sprechchören und Kurzansprachen geprägte Demo wurde von einem riesigen Polizei-Aufgebot von mehreren Hundertschaften „begleitet“. Das massive Auftreten der Polizei wirkte einschüchternd und provozierend zugleich.

Weil Jugendliche während der Demo einen Rauchtopf entzündeten, nutzten dies die Polizeitruppen für Festnahmen aus. Dadurch wurde der Ablauf der Abschlusskundgebung auf dem Alten Meßplatz massiv gestört.

Die Redebeiträge des kurdischen Jour-

nalisten Luqman Guldiver und der Mannheimer Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Gökay Akbulut, sowie die Lieder Bernd

Köhlers fanden deshalb leider nur noch das Gehör einer stark reduzierten Anzahl von Menschen. ■



Abschlusskundgebung auf dem Alten Meßplatz, 4. Februar 2023.

Foto: Avanti².

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 03.03.2023, 17:00 Uhr, FFF-Demo, Schloss MA
- SO, 05.03.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 07.03.2023, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Preistreiberi, Paradeplatz, MA
- MI, 08.03.2023, 16:15 Uhr, Veranstaltung der DGB-Frauen, DGB-Haus MA
- MI, 08.03.2023, 17:45 Uhr, Demo Feministisches Bündnis, DGB-Haus MA
- DO, 09.03.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, DGB-Haus MA*
- DO, 09.03.2023, 19:00 Uhr, Brecht-Programm, Fritz-Salm-Str. 5, MA
- SAM, 11.03.2023, 14:00 Uhr, Konferenz für Klimagerechtigkeit, Forum MA
- DO, 16.03.2023, 19:00 Uhr, Viko #Solidarität in Zeiten der Pandemie
- DO, 23.03.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, DGB-Haus MA*
- DO, 23.03.2023, 18:00 Uhr, Bündnis gegen Preistreiberi, DGB-Haus MA*
- DO, 23.03.2023, 19:00 Uhr, „Den Frieden gewinnen“, Ver.di-Haus LU
- FR, 24.03.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- SAM, 25.03.2023, 19:00 Uhr, Bernd Köhler singt SCHLAUCH, „Eckpunkt“ SP
- FR, 31.03.2023, 19:00 Uhr, Konzertabend Bernd Köhler, Alte Synagoge Bensheim

Vorschau

- SAM, 22.04.2023, 13:00 Uhr, Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar*
- FR, 09.06.2023, bis SO, 11.06.2023, Ökosozialistische Konferenz Köln*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

